

hergeben, Verpflichtungen mit ihrer Unterschrift zu decken, von deren Unzulänglichkeit sie noch pflichtmässiger Prüfung überzeugt ist. Damit spreche ich ja nur eine Selbstverständlichkeit aus. Das Ausland wird die Gewissheit haben, daß, wenn jetzt Vereinbarungen unter deutsch-nationaler Mitarbeit zustande kommen, das Versprechen auch gehalten werden wird, damit sichere Grundlagen für das Nebeneinanderleben der Staaten gegeben sind und nicht immer wieder neue Konfliktstöße entstehen können.

Im Ganzen ist diese Erklärung von den üblichen „ehrenvollen“ Anerkennungen durchsetzt. Das eigentlich Positive steht nur in der Womerkung, daß man die Gutachten nicht ohne weiteres ablehne. Die Erkenntnis der vernünftigsten Elemente scheint also zuzumachen.

### Sturz des Ministeriums Brandenstein in Mecklenburg

Schwerin, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung gab Ministerpräsident von Brandenstein eine Erklärung ab über seine Stellungnahme bei der Ministerbesprechung über das Sachverständigenbericht, die darin gipfelte, daß er als einziger in dieser Besprechung die Einleitung von Verhandlungen über die Erfüllung von weitgehenden Verbindungen abdingt gemacht habe, die eine Verstaatlichung des Deutschen Reiches verhindern. Trotzdem brachte die Deutschwölfischen ein Wahlrausen vom 1. Mai gegen den Ministerpräsidenten persönlich, nicht gegen das Gesamtministerium, ein. Kultusminister Stammert erklärte, daß die Erklärungnahme des Ministerpräsidenten in der Ministerpräsidentenbesprechung von seinen beiden Ministerkollegen verabredet sei und daß das Ministerium sich mit dem von Brandenstein eingenommenen Urteil solidarisch erkläre. Da sich sich anschließende Bekanntmachung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sozialisten, in der sich beide Teile mit Abgängen, Lärm, Schlägen usw. bezeichneten. Die Kommunisten stellten daraufhin einen Widerentscheidung gegen das Gesamtministerium, der in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt wurde. Der deutsch-wölfische Antrag, über den ebenfalls namentlich abgestimmt wurde, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, wurde mit den Stimmen der Deutschwölfischen und der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Das Ministerium erklärte darauf in seiner Gesamtheit den Rücktritt.

### Die Anleihe für Deutschland

#### Die Europa-Konferenz

New York, 7. Mai. Große New Yorker Bankiers fordern ihre Zustimmung in einem Schreiben auf, sich zur Teilnahme an der Belebung für die deutsche Reparationsforderung vorzubereiten. Sie äußern dabei, daß wahrscheinlich der größte Teil dieser Anleihe, die im ganzen 800 Millionen Goldmark betragen soll, von Amerika kommen wird. In dem Schreiben wird auch die Meinung ausgedrückt, daß die Lösung der Reparationsfrage wahrscheinlich in kürzer Zeit möglich sein wird.

London, 7. Mai. Während man damit rechnet, daß die internationale Konferenz über die Anwendung des Dawes-Planes Anfang Juni zusammenfällt, beschäftigt man sich auch schon damit, die dann noch ausstehenden wichtigen Fragen unter den Alliierten, insbesondere die Behandlung der Vorrechte der Amerikaner, die Besatzungslosen und die Verteilung der bislangen französisch-deutschen Einnahmen aus der Nachbelebung, gelöst werden sollen. Zu diesem Zwecke dürfte bald nach der Eröffnung des Dawes-Planes eine Konferenz der Ministerpräsidenten stattfinden. Weite politische Kreise Englands, v.a. der Arbeiterspartei, glauben auch, daß Mac Donald der Ansicht sei, daß auch die neutralen Länder bei der Fortsetzung des Dawes-Planes eingeschlossen seien. Die Vertreter der Neutralen sollen daher zur Teilnahme an der Europa-Konferenz zur Löschung der Reparationsfrage und der Frage des Wiederaufbaus Europas eingeladen werden.

### Der deutsch-russische Zwischenfall

Berlin, 7. Mai. Die Abreise des russischen Botschafters Krestinsky nach Moskau ist weiter verschoben worden. Auf Verfügung der Sowjetregierung sind nicht nur die Zentrale der Handelsvertretung in Berlin, sondern auch die Postniederlassung in Hamburg und Leipzig geschlossen worden. Eine für Königsberg vorgesehene Zweigniederlassung soll vorläufig nicht ins Leben gerufen werden. Alle Verhandlungen mit deutschen Firmen sind abgebrochen worden. Die Teilnahme an der Ausstellung in Leipzig am 10. Mai wurde abgesagt. Auch auf die Teilnahme an der österreichischen Messe ist verzichtet worden.

Bei der Durchsuchung der Handelsvertretung sind Flugblätter gefunden worden, die auf eine Aktion unter den Angehörigen der Reichswehr und den Beamten der Schutzpolizei schließen lassen. Diese Flugblätter forderten die Schutzpolizei und die Beamten auf, sich der kommunistischen Bewegung anzuschließen.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Rykov, erklärte einem Vertreter der Moskauer Abendzeitung: Das Russische Verständnis, das sich in der russischen Handelsvertretung in Berlin ereignet habe, läßt sich entweder erklären als ein von der deutschen Regierung nicht vorhergesehener Zwischenfall, der in einem Übergriff der preußischen Polizei besteht, oder es sei ein dergemahnen unverantwortlicher Übergriff, daß es schwer sei, seine Gleichzeit zu finden. Deutschland müsse die Bedeutung der gutnachbarlichen Beziehungen zu Aufstand klar erkennt. Wenn es sich also um ein möglichst Wahlmänner der deutschen Regierung handelt, so wäre das Geschehene tief zu bedauern, denn ein derartiger Niederschlag, müsse für Deutschland schwere Folgen nach sich ziehen.

London, 7. Mai. Die hier vorliegenden Meldungen über den deutsch-russischen Konflikt entreden den Eindruck, daß ob die Sowjetregierung alles daran gehe, um daraus für die hier stattfindenden Verhandlungen Kapital zu schlagen.

### Kurze Nachrichten

Türkische Schadenshauptstadt am Tschile. Die türkische Eisenbahngesellschaft Damaskus-Damaskus hat die urtlische Replikation auf Zahlung einer Summe von 137 000 000 französischen als Schadenshaupt verlangt, für die Schäden, die sie im Laufe des Krieges erlitten hat. Die Gesellschaft behauptet, diese Schäden seien dadurch entstanden, daß ihr geliehnes Eisenbahnmaterial während des Krieges von den deutschen Truppen ausgebremst worden sei, und daß diese im Jahre 1917 bei dem siegreichen Vordringen der englischen Truppen in Galizien die Gleise und Fahrzeuge der Gesellschaft zerstört hätten.

Bombardement württembergischer Dörfer. Nach einem Kunstruhr aus Berlin haben französische Flieger in Württemberg 75 Dörfer bombardiert.

Die Kölner Messe. Wie uns das Wesenamt Köln mitteilt, werden außer Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Marx auch die Reichsminister Dr. Hamm und Dr. Höfle, sowie der preußische Minister Dr. Am. Jahnhoff, Stierling und Hirschler an der Eröffnung der Kölner Messe vom 11. bis 17. Mai teilnehmen.

Das rumänische Königspaar in Genf. Das Programm für den Besuch des rumänischen Königspaares beim Völkerbund ist nunmehr aufgestellt. Danach trifft das Königspaar am Freitagvormittag hier ein und wird am Bahnhof vom Generaldirektor des Völkerbundes, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, dem rumänischen Gesandten und Rektoren der Behörden empfangen werden. Nachmittags findet eine Begrüßung im Rathaus statt, wo der Generalsekretär des Völkerbundes und der König Ansprachen halten werden. Nachmittags erfolgt dann die Weiterreise des Königspaares nach Brüssel.

## Das vorläufige Endergebnis

### Das Zentrum in alter Stärke

Berlin, 7. Mai. Das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen stellt sich nach den nunmehrigen Meldungen, an denen sich kaum noch wesentlich ändern dürfte, folgendermaßen:

Partei:	Stimmen	Mandate
Zentrum	3 899 022	65
Deutsche Volkspartei	2 642 843	44
Deutsch-nationale	5 755 609	96
Demokraten	1 657 451	28
Bayrische Volkspartei	941 982	16
Kommunisten	3 712 001	62
Bayrischer Bauernbund	683 093	10
Deutsch-Hannoveraner	818 451	5
Unabh. Soc.	240 172	—
Vereinigte Sozialdemokratische P.	5 973 770	100
Bund der Freien	58 880	—
Christlich-Soziale	124 600	—
DSch. Arbeitnehmer	86 130	—
DSch. Soziale	358 856	4
Freie Wirtschaft	36 122	—
Häuerbund	23 828	—
Landländl.	568 288	9
Nationale Freiheitspartei	59 788	—
Nationale Minderheit	133 628	—
Wiederpartei	46 975	—
Republikaner	45 775	—
Sozialer Bund	25 607	—
Deutsch-Wölfische	1 917 578	32
Bayrische Mittelstandspartei	5 681	—
Wölfische Block	9 439	—
Parteilose Wirtschaftsgruppe	1 847	—

Insgesamt 29 257 115 St. 471 M.

Berlin, 7. Mai. Das Zentrum hat bei den Reichstagswahlen seinen Vorsitz aufgehalten. Im alten Reichstag gehörten dem Zentrum ursprünglich 65 Mitglieder an. Von diesen kommen drei im Austritt durch die Abtreibung eines Teiles des Wahlkreises nach Polen. Das Zentrum hat je ein Mandat verloren in Westfalen-Nord, in Osthannover, in der Pfalz, in Württemberg und in Baden. Dafür hat es 5 Mandate gewonnen, und zwar je ein Mandat in Frankfurt a. O. und in Piegny, außerdem auf der Reichswahlkarte 3 Mandate, auf welcher gegen 1920 hat es 9 Mandate errungen werden. Von dem Reichswahlvorschlag des Zentrums können als gewählt gelten die Abg. Dr. Krome, Dr. Trautvetz, Adam Röder, Hans Weber, Wegmann-Albenburg, Hoffmann-Ludwigshafen, Lammer-Berlin, Koch-Essen und Hermann-Berlin. Sollte der Abg. Hofmann in Berlin das Mandat annehmen, was aber nicht wahrscheinlich ist, dann würde an dessen Stelle Dr. Krome als Vertreter des Wirtschaftsbundes als gewählt gelten. Von Zentrum gehören die meisten Mitglieder bereits dem vorherigen Reichstag an. Nur gewählt in den Reichstag sind der Oberregierungsrat Budolt für Frankfurt a. O., Landwirtschaftsminister Dr. Berthold-Breslau, Farner-Wittens für Piegny, Dr. Erichs-Wiesbaden für Hessen-Kassel, Dr. Voelk für Hessen-Darmstadt, Hofmann und Dr. Schettler für Köln-Aachen, Generalsekretär Körber für Koblenz-Trier. Möglicherweise wird für Osthannover noch Tschommer oder Steiger gewählt werden.

Bei der Bayrischen Volkspartei, die drei Mandate verloren hat, stehen von namhaften Führern Dr. Heim und Peter Beyerle nicht mehr. Dafür wird der frühere bayerische Ministerpräsident Verchenfeld an zweiter Stelle auf der Reichswahlkarte der Bayrischen Volkspartei in den Reichstag einzischen.

### Die Abgeordneten des Zentrums

Nach dem nunmehrigen vorläufigen amtlichen Wahlergebnis hat sich die Stimmenzahl des Zentrums auf 3 899 022 erhöht, die Zahl der Mandate auf 65. Von diesen entfallen wahrscheinlich 56 auf die Kreiswahlvorschläge und 9 auf die Reichstagsliste.

Nach den bisherigen Feststellungen wird sich die Zentrumsfraktion im neuen Reichstag aus folgenden Abgeordneten zusammensetzen: Dr. Kleischer, Volkswirtschaftsleiter, Berlin, Ministerialdirektor, Dr. Neuhoff, Berlin, Bernhard Wehrl, Oberregierungsrat, Schneidemühl, Oberstaatsanwalt Schulze, Breitkopf, Dr. Berthold-Breslau, Oberstaatsanwalt Schöppen, Berlin, Dr. Voelk für Hessen-Kassel, Dr. Voelk für Hessen-Darmstadt, Hofmann und Dr. Schettler für Köln-Aachen, Generalsekretär Körber für Koblenz-Trier. Möglicherweise wird für Osthannover noch Tschommer oder Steiger gewählt werden.

Bei der Bayrischen Volkspartei, die drei Mandate verloren hat, stehen von namhaften Führern Dr. Heim und Peter Beyerle nicht mehr. Dafür wird der frühere bayerische Ministerpräsident Verchenfeld an zweiter Stelle auf der Reichswahlkarte der Bayrischen Volkspartei in den Reichstag einzischen.

Berlin, 7. Mai. Das Ergebnis der Reichstagswahlen zeigt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes geneigt sei, die Bedingungen des Sachverständigenberichts aufzunehmen. Nicht habe Frankreich das Wort. Von den Ergebnissen der französischen Wahlen am nächsten Sonntag hängt die Zukunft Europas ab.

Berlin, 7. Mai. Die "Times" schreibt: Alle Befürchtungen hinsichtlich der Wirkungen, die die deutschen Wahlen in Frankreich hätten haben können, seien durch die ersten Kommentare über das Wahlergebnis sehr vereinfacht, wenn nicht ganz verschwendet worden. Die Reaktionen in amtlichen Kreisen, wie auch in der Pariser Presse seien durchweg mildster und zurückhaltend. Das Wort erklärt, etwaige Versuche Deutschlands, über den Sachverständigenbericht zu verhandeln, würden weder in London noch in Paris zugelassen werden und führen auch nicht in den Vereinigten Staaten. Der Bericht sei ein festes Angebot an Deutschland. Es sei Sache der Deutschen Nationalen als der Partei, die im neuen Reichstage die Entscheidung in Händen habe, klar und unzweideutig zu erläutern, ob sie den Bericht annehmen oder ablehnen.

Berlin, 7. Mai. In kontrastreichen Kreisen in London wird erwartet, daß die deutsche Regierung die für die Annahme der Sachverständigenberichte durch den Reichstag notwendige Unterstützung der Deutschen Nationalen erhalten werde. Die Gewinnung der beiden äußersten Parteien kommt nicht unerwartet.

Berlin, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Berlin, Landwirtschaftsminister Dr. Bredel, Mr. Schersdorff, Landessozialrat Herold, Münster, Ministerpräsident a. D. Siegerwald, Berlin, Univ.-Professor Dr. Georg Schreiber, Münster, Kaufmann Lang, Vizegouverneur Schröder, Hannover, Generaldirektor Dr. ten. Kompel, Münster, Verbandsvorsteher Amelius, Ehren, Gutsbesitzer Schulz-Gabben, Lünen, Joh. Beder, Bezirksleiter im Reichsarbeitsministerium Berlin, Kreisgeschäftsführer Henningsen, Hagen in Westfalen, Mittelschullehrer Schwarz, Frankfurt a. M., Verbandsdirektor Erone-Wünzbach, Berlin, Lehrer und Volksschullehrer Roth, Habermann, Rechtsanwalt Dr. Voelk, Moers, Schriftleiter Dr. von Wieden, Münster-Wiedenbach, Karl Hofmann, Verbandsleiter der Landwirtschaftskammer, Bonn, Geschäftsführer Thomas Eßler, Güstlicher, Kaufmann Jos. Sinn, Aachen, Kaufmännischer Angestellter Otto Schlegel, Köln, Landgerichtsdirektor Dr. Schlett, Mülheim, Domkapitular Dr. Kaus, Trier, Oberregierungsrat v. Guerard, Koblenz, Landwirt Mathias Neyses, Neukirchen, Bielefeld, Verbandsvorsteher Peter Trenkel, Berlin, Generalsekretär Peter Körber, Köln, Reichslandtag Marx, Berlin, Reichspostminister a. D. Dr. Spahn, Chefredakteur Adam Röder, Karlsruhe, Ministerpräsident Aug. Wegmann, Oldenburg, Oberlehrer Hofmann, Ludwigshafen, Rechtsanwalt Baumgardt, Berlin, Postchef Koch, Eisen, Generalsekretär Hermann, Berlin, Studienassessor Dr. Heinz Krome, Berlin. — Und wiederum vier Frauen: Frau Anna Neuhauß, Dortmund, Christine Leusch, Lehrerin, Köln-Ehrenfeld, Hedwig Dransfeld, Schriftstellerin, Köln, Frau Ministerialrat Helene Weber, Berlin.

Diese Liste ist noch nicht endgültig und es sind Tendenzen noch möglich.

### Die Regierung bleibt im Amt

Berlin, 7. Mai. In der gestrigen Kabinettssitzung teilte der Reichskommissar des Innern mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. dieses Monats zu erwarten seien. Die Regierung bleibt auf jeden Fall bis zum Zusammentreffen des neuen Reichstages im Amt.

Der neu gewählte Reichstag wird voraussichtlich zum 29. dieses Monats einberufen werden. Die Blätter halten es für sicher, daß die Reichstagsabgeordneten der Landstädte sich der deutsch-nationalen Fraktion anschließen werden. Dadurch würde diese zur stärksten Fraktion des Reichstages werden.

### Keine Beforanis im Auslande

Brüssel, 7. Mai. Der Erfolg der am weitesten rechts- und linksliegenden Parteien bei den deutschen Reichstagswahlen hat in belgischen amtlichen Kreisen keinerlei Beforanis verursacht. Es herrscht die Ansicht, daß der Reichstag dem Sachverständigenbericht zustimmen werde.

London, 7. Mai. Das Arbeitersblatt "Daily Herald" schreibt: Das Ergebnis der Reichstagswahlen zeigt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes geneigt sei, die Bedingungen des Sachverständigenberichts anzunehmen. Nicht habe Frankreich das Wort. Von den Ergebnissen der französischen Wahlen am nächsten Sonntag hängt die Zukunft Europas ab.

London, 7. Mai. Die "Times" schreibt: Alle Befürchtungen hinsichtlich der Wirkungen, die die deutschen Wahlen in Frankreich hätten haben können, seien durch die ersten Kommentare über das Wahlergebnis sehr vereinfacht, wenn nicht ganz verschwendet worden. Die Reaktionen in amtlichen Kreisen, wie auch in der Pariser Presse seien durchweg mildster und zurückhaltend. Das Wort erklärt, etwaige Versuche Deutschlands, über den Sachverständigenbericht zu verhandeln, würden weder in London noch in Paris zugelassen werden und führen auch nicht in den Vereinigten Staaten. Der Bericht sei ein festes Angebot an Deutschland. Es sei Sache der Deutschen Nationalen als der Partei, die im neuen Reichstage die Entscheidung in Händen habe, klar und unzweideutig zu erläutern, ob sie den Bericht annehmen oder ablehnen.

Berlin, 7. Mai. In kontrastreichen Kreisen in London wird erwartet, daß die deutsche Regierung die für die Annahme der Sachverständigenberichte durch den Reichstag notwendige Unterstützung der Deutschen Nationalen erhalten werde. Die Gewinnung der beiden äußersten Parteien kommt nicht unerwartet.

### Berliner Devisenkurse vom 7. Mai (amtlich)

mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank, A. G., Dresden

Die Notierungen erfolgen vom 4. März ab für 100 Einheiten der ausländischen Währungen, ausgenommen England und Spanien, die mit 1 Pfund beginnen. 1 Dollar wertet werden, welche Österreich und Ungarn mit 100 Millionen St. Notieren (100 Millionen = Goldmark).

Telegraphische Kurzabzählung auf:

	7. 6.	6. 6.
Stadt	Stadt	Stadt
Amsterdam . . . .	158,10	160,90
Berlin . . . .	22,74	22,76
Berne . . . .	58,60	